
2573/J-BR/2007

Eingelangt am 10.09.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Bundesräte Dr. Franz Eduard Kühnel
an den Bundesminister für Landesverteidigung
betreffend widersprechende außenpolitische Aussagen des Bundeskanzlers und des
Verteidigungsministers

In einem Interview mit der Tageszeitung „Die Presse“ beantwortete
Verteidigungsminister Darabos die Frage nach seiner Haltung hinsichtlich des Projekts
der USA, einen Raketenschutzschirm über Europa zu spannen, wie folgt: „Ich persönlich
halte den Weg, den die USA hier einschlagen, für falsch. Es hat keinen Sinn, ein
Raketenabwehrsystem in Europa aufzubauen. Dadurch werden nur unnötig alte
Debatten des Kalten Krieges wieder angefacht.“

Anlässlich seines Aufenthalts in Israel erklärte der Bundeskanzler laut Tageszeitung „Die
Presse“ hingegen, dass „ein atomarer Iran für Österreich inakzeptabel sei“. Gleichzeitig
verteidigte er das Milliardengeschäft der ÖMV mit dem Iran.

Da das geplante Raketenabwehrsystem, das vom Verteidigungsminister kritisiert wurde,
unter anderem auch das Ziel hat, mögliche atomare Raketenpläne des Iran zu
konterkarieren, widersprechen einander somit zwei sozialistische Regierungsmitglieder
in einer nicht unwichtigen außenpolitischen Frage.

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher an den Bundesminister für
Landesverteidigung folgende

Anfrage:

1. Beharren Sie auf Ihrer Position, wonach die Pläne für ein Raketenabwehrsystem in
Europa, das unter anderem gegen die atomaren Raketenpläne des Iran gerichtet
ist, falsch sind, oder schließen Sie sich der Meinung des Bundeskanzlers an,
wonach „ein atomarer Iran für Österreich inakzeptabel ist“?
2. Halten Sie es außenpolitisch für sinnvoll, wenn sich Bundeskanzler und
Verteidigungsminister des immerwährend neutralen Österreich in einer
außenpolitischen Frage widersprechen und die verfassungsrechtlich gebotene
neutrale Position Österreichs in derartigen außenpolitischen Problemstellungen
aufgeben und international Partei ergreifen?
3. Wenn ja, wieso?

4. Wenn nein, was hat dann Sie und den Bundeskanzler bewogen, derartige problematische Äußerungen von sich zu geben, die noch dazu divergieren?
5. Welche außenpolitische Position in der oben angeführten Problematik gilt nunmehr für die SPÖ?
6. Wieso haben Sie außenpolitische Äußerungen getätigt, obwohl dies nicht in Ihren Aufgabenbereich fällt?